

Jahrgang 45 • Heft 3 • 2016

# Soziologie

## Aus dem Inhalt

- Peter Bescherer, Dietmar Wetzel:  
*Öffentlicher Raum braucht öffentliche Soziologie*
- Peter L. Berger:  
*Im Strudel der Flüchtlingskrise*
- Jan-Felix Schrape:  
*Soziologie als ›Marke‹*
- Ivo Windrich:  
*Mathematikkenntnisse von Soziologiestudierenden*

DGS DEUTSCHE  
GESELLSCHAFT  
FÜR SOZIOLOGIE

campus

# **SOZIOLOGIE**

FORUM

DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR SOZIOLOGIE

Heft 3 • 2016

*Herausgeber im Auftrag von Konzil und Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie:*  
Prof. Dr. Georg Vobruba (verantwortlich im Sinne des Presserechts).  
*Redaktion:* Prof. Dr. Sylke Nissen und Dipl. Pol. Karin Lange, Universität Leipzig,  
Institut für Soziologie, Beethovenstraße 15, D-04107 Leipzig,  
E-Mail: soz-red@sozio.uni-leipzig.de, Tel.: 0341/9735 648 (Redaktion) oder -641  
(G. Vobruba), Fax: 0341/9735 669.

*Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie:*  
Prof. Dr. Stephan Lessenich, Ludwig-Maximilians-Universität München,  
Institut für Soziologie, Konradstraße 6, D-80801 München,  
E-Mail: stephan.lessenich@uni-muenchen.de.  
*Vorstands- und Vorsitzarbeit:* Dr. Sonja Schnitzler,  
Kulturwissenschaftliches Institut NRW, Goethestraße 31, D-45128 Essen,  
E-Mail: sonja.schnitzler@kwi-nrw.de, Tel.: 0201/72 04 208, Fax 0201/72 04 111.  
*Schatzmeisterin:* Prof. Dr. Nicole Burzan, TU Dortmund,  
Fakultät 12: Erziehungswissenschaft und Soziologie, Emil-Figge-Straße 50,  
D-44227 Dortmund, E-Mail: nicole.burzan@fk12.tu-dortmund.de,  
Tel.: 0231/ 755 7135, Fax: 0231/755 6509.  
*Aufnahmeanträge auf der Homepage der DGS:* <http://www.sozioologie.de>

*Soziologie* erscheint viermal im Jahr zu Beginn eines Quartals. Redaktionsschluss ist jeweils sechs Wochen vorher. Für Mitglieder der DGS ist der Bezug der Zeitschrift im Mitgliedsbeitrag enthalten. Beiträge in der *Soziologie* werden erfasst in CSA Sociological Abstracts (San Diego) und SOLIS (Bonn).

Campus Verlag GmbH, Kurfürstenstraße 49, 60486 Frankfurt am Main, [www.campus.de](http://www.campus.de)  
*Geschäftsführung:* Marianne Rübemann  
*Programmleitung:* Dr. Judith Wilke-Primavesi  
*Anzeigenbetreuung:* Stefan Schöpfer, 0 69/97 65 16-32, [schoepper@campus.de](mailto:schoepper@campus.de)  
*Abonnementbetreuung:* HGV Hanseatische Gesellschaft für Verlagsservice, Holzwiesenstraße 2,  
72127 Kusterdingen, E-Mail: [journals@hgv-online.de](mailto:journals@hgv-online.de), Tel: 07071 9353-16, Fax: -3030

*Bezugsmöglichkeiten für Nichtmitglieder der DGS:*  
Jährlich erscheinen vier Hefte. Jahresabonnement privat 70 €;  
Jahresabonnement Bibliotheken/Institutionen 110 € print / 177 € digital (nach FTE-Staffel);  
Jahresabonnement Studenten/Emerit 30 €.  
Alle Preise zuzüglich Versandkosten. Alle Preise und Versandkosten unterliegen der Preisbindung. Kündigungen des Abonnements müssen spätestens sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums schriftlich mit Nennung der Kundennummer erfolgen.

© Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main 2016  
Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter dieses Verbot fällt insbesondere die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-Rom und allen anderen elektronischen Datenträgern.  
Druck: Beltz Bad Langensalza GmbH  
ISSN 0340-918X

# Inhalt

Editorial .....	253
-----------------	-----

## Soziologie in der Öffentlichkeit

**Peter Bescherer, Dietmar Wetzel**

Öffentlicher Raum braucht öffentliche Soziologie .....	255
--	-----

**Stefan Hirschauer**

Toilettenikonografie.

Eine Bildbeschreibung der Gesellschaft der DGS .....	267
--	-----

## Identität und Interdisziplinarität

**Peter L. Berger**

Im Strudel der Flüchtlingskrise .....	271
---------------------------------------	-----

**Jan-Felix Schrape**

Soziologie als ›Marke‹ .....	279
------------------------------	-----

## Forschen, Lehren, Lernen

**Ivo Windrich**

Mathematikkenntnisse von Soziologiestudierenden .....	294
---	-----

## DGS-Nachrichten

Veränderungen in der Mitgliedschaft .....	318
---	-----

## Berichte aus den Sektionen und Arbeitsgruppen

<i>Sektion</i> Familiensoziologie .....	325
---	-----

<i>Sektion</i> Organisationssoziologie .....	328
--	-----

<i>Sektion</i> Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse .....	331
---	-----

## Nachrichten aus der Soziologie

Hubert Knoblauch	
In memoriam Thomas Luckmann .....	335
Rolf G. Heinze	
In memoriam Thomas Olk .....	342
Call for Papers .....	346
Prekarisierung Unbound	
Tagungen .....	349
Research into Europeanization Conference: European Encounters, Politics, and Higher Education	
Autorinnen und Autoren .....	351
Abstracts .....	353

Solange es so etwas wie Kapitalismus gibt,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

muss es auch so etwas wie Sozialdemokratie geben.

Kapitalismus ist ein zentral auf Konkurrenz eingestelltes System, das einerseits stark bei der Herstellung individuellen materiellen Wohlstands, andererseits schwach bei der Bereitstellung von Kollektivgütern ist. Insbesondere ist es schwach bei der angemessenen Verteilung des Wohlstands und darum bei der Bereitstellung des Kollektivguts »Stabilität des Kapitalismus«. Sozialdemokratie ist ein politisch über mehr als ein Jahrhundert fortgeschriebenes Rahmenkonzept für eine Politik, die zu Gunsten der Schwächeren in die Primärverteilung eingreift, den Kapitalismus damit zugleich ändert und erhält.

So. Jetzt lässt sich spezifizieren, was mit dem Wort »muss« hier gemeint ist. Ich schlage vor, es im Sinne eines schwachen Funktionalismus zu verstehen und zu fragen: Was passiert, wenn der Kapitalismus die Sozialdemokratie abschüttelt, oder die Sozialdemokratie den Kapitalismus im Stich lässt? Wenn die Eingangsmerkungen zutreffen, kann die Antwort nur zu der Hypothese führen: Ohne so etwas wie Sozialdemokratie ist vermutlich das Kollektivgut »Stabilität des Kapitalismus« gefährdet.

Zusammenhänge zwischen Kapitalismus und Sozialdemokratie im Rahmen eines solchen schwachen Funktionalismus zu analysieren, hat mehrere Vorteile. In erster Linie erschließt sich ein weites soziologisches Forschungsfeld. Warum setzen sich weder die Interessen der unmittelbar Benachteiligten, noch das breite Unbehagen an der gegenwärtigen Einkommens- und Vermögensentwicklung, noch die Einsicht der vom Kapitalismus unmittelbar Begünstigten in die funktionale Notwendigkeit sozialdemokratischer Politik in sozialdemokratische Politik um? Welche Wirkungen haben diese Faktoren denn sonst? Bewirken sie überhaupt etwas? Gehen sie ins Leere oder werden sie zu Impulsen, die in andere Richtungen wirken und anderen politischen Kräften nützen? Darüber hinaus ermöglicht diese Art von Fragen, Interessen statt Bekenntnisse zu Werten ins Zentrum der soziologischen Beobachtung der Sozialdemokratie zu rücken.

Das hat den Vorteil, dass man die sozialdemokratische Werterhetorik nicht soziologisch verdoppelt, sondern zum Untersuchungsgegenstand machen kann. Ebenso lässt sich der Vermutung nachgehen, dass Werte in der Parteipolitik nur bedingt brauchbar sind. Für dominante Parteien kann ihr Bekenntnis zu Werten als sinnvolle Selbstverpflichtung wirken. Parteien in schwachen Positionen geraten mit Wertbekenntnissen leicht vor tragische Alternativen, sobald sie politische Kompromisse eingehen müssen: Entweder die Werte verraten oder mit den Werten untergehen. Dazu kommt, dass man am Beispiel der Sozialdemokratie die Vermutung testen kann, dass Werte oft Chiffren für nicht durchsetzbare Interessen sind. Von hier führt ein kurzer Weg zu der grundlegenden soziologischen Frage, welche Rolle Werte überhaupt in der Politik spielen können.

Es ist empfehlenswert, sich bei all diesen Fragen von einer Art methodischer Nicht-Identifikation leiten zu lassen und die Sozialdemokratie einfach als ein interessantes soziologisches Forschungsobjekt zu nehmen. Das hat den Vorteil, dass man weder dafür noch dagegen sein muss und Untersuchungen ohne persönliche Parteinahme verfolgen kann: Also weder für eine Partei Partei zu nehmen, noch sich von einer Partei vereinnahmen zu lassen. Wobei die Sozialdemokratie diesbezüglich eine Rückkoppelung eingebaut hat. Gegen Beratung von Leuten ohne Stallgeruch ist sie ohnehin resistent.

Das alles klingt nach einer affirmativen Wendung des alten Vorwurfs, die Sozialdemokratie sei der Arzt am Krankenbett des Kapitalismus. Ich weiß. Aber ehe man diesen Vorwurf erneuert, bedenke man: Der Vorwurf ließ sich plausibel nur vor dem Hintergrund der Erwartung formulieren, dass nach dem Kapitalismus etwas Besseres kommen werde. Leider findet man solche Erwartungen nur noch in der Aktenablage der Geschichte. Ein distanziert-nüchterner Blick auf einen Kapitalismus ohne Sozialdemokratie zeigt: Nach dem Kapitalismus kommt ein üblerer Kapitalismus. Einer, der schlechter funktioniert und vielen weniger bietet. Vermutlich.

Ihr

Georg Vobruba

# Öffentlicher Raum braucht öffentliche Soziologie

Aus einem Forschungsprojekt zu urbaner Sicherheit

*Peter Bescherer, Dietmar Wetzels*

Alexander Mitscherlichs Buch über »Die Unwirtlichkeit unserer Städte« (1965) hatte in den 1960er Jahren nicht nur enorme Verbreitung gefunden. Der Autor wurde auch zum gefragten Berater für Stadtentwicklungsprojekte. Im Rückblick kritisierte er seine Tätigkeit jedoch als Alibi für Verwaltung und Immobilienwirtschaft, so weiterzumachen wie bisher. Muss anwendungsorientierte Stadtforschung so enden? Anhand unserer Erfahrungen in einem Forschungsprojekt zu urbaner (Un-)Sicherheit<sup>1</sup> diskutieren wir im Folgenden Fragen des Praxistransfers stadtsoziologischer Befunde: Was wird wissenschaftlich beansprucht, was kommunalpolitisch erwartet; welche Hemmungen, Kompromisse, Abhängigkeiten und wissenschaftspolitischen Erwägungen gehen mit dem Arbeitsbündnis zwischen Forschung und Praxis einher? Für diese Diskussion greifen wir auf Michael Burawoys (2015) Unterscheidung der vier Soziologien zurück und erkunden die Möglichkeiten und Grenzen der anwendungsorientierten Soziologie. Dabei nehmen wir den Standpunkt der öffentlichen Soziologie ein. Denn, so unsere Überlegung, insbesondere als Stadtsoziologie wird die Soziologie zur Öffentlichkeit getrieben, ist doch öffentlicher Raum für die Stadt ebenso konstitutiv wie umkämpft. Gerade mit Blick auf unsere Forschung unter

---

<sup>1</sup> Es handelt sich um das BMBF-geförderte Forschungsprojekt VERSS. Das Akronym steht für »Verteilung von Sicherheit in der Stadt«. Der vollständige Projekttitle lautet: »Aspekte einer gerechten Verteilung von Sicherheit in der Stadt«. Siehe auch [www.verss.de](http://www.verss.de)



Gruppen des zivilgesellschaftlichen und bewegungsförmigen Engagements sehen wir unsere Position als Herausforderung an, professionelle Standards, Auftrag des Förderers, kritisches Selbstverständnis und partizipative Ansprüche auf Öffentlichkeit zu vermitteln.

Wir legen unseren Überlegungen folgende (Doppel-)These zugrunde: Urbane Sicherheit braucht öffentlichen Raum und öffentlicher Raum braucht öffentliche Soziologie. Nachdem wir diese These erläutert haben (1.), prüfen wir, wie sich die von Michael Burawoy konzipierte Arbeitsteilung (professionelle, kritische, anwendungsorientierte und öffentliche Soziologie) zu unseren Projekterfahrungen verhält (2.). Den Anspruch auf das Prädikat öffentliche Soziologie wägen wir daraufhin gegen theoretische Einwände ab, die sich am Begriff des öffentlichen Raums festmachen (3.). Abschließend resümieren wir gewissermaßen die Anwendungsbedingungen der öffentlichen Soziologie in der anwendungsorientierten Soziologie (4.).

## 1. Urbane Sicherheit und öffentliche Soziologie

In unserer Studie untersuchen wir kommunalpolitische Maßnahmen zur Herstellung von Sicherheit sowie ihre Wahrnehmung und praktische Herausforderung seitens engagierter Bürger\_innen und sozialer Bewegungen. Unter urbaner Sicherheit verstehen wir ein umkämpftes Feld, auf dem sich disparate Ansprüche begegnen. Das zugrundeliegende Verständnis von Sicherheit geht über kriminalpräventive Maßnahmen hinaus; es umfasst ebenso die Eindämmung so genannter *Incivilities* (Hundekot, Müll, Vandalismus und andere Anzeichen vermeintlicher Unordnung unterhalb der Kriminalitätsschwelle), Fragen des Gesundheits- und Umweltschutzes, die nachbarschaftliche Integration und kommunale Daseinsvorsorge oder aber die »Versicherheitlichung« (Wæver 1995) selektiver Interessen und Lebensstile (das heißt die Konstruktion von Bedrohungen, die bestimmte Vorgehensweisen notwendig erscheinen lassen). Wenn Sicherheit das Ziel ist, müssen wir annehmen, dass Unsicherheit das Problem darstellt. Dass es sich nicht ganz so einfach verhält, rührt aus der ambivalenten Verschränkung von Stadt und Unsicherheit her. Entstanden als Orte der Zuflucht und Sicherheit vor unbewältigter Natur, Krieg und feudaler Herrschaft (»Stadtluft macht frei«), bildeten die modernen Städte seit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert spezifische Unsicherheiten aus, die bis heute

prägend sind. Diese Unsicherheiten bestehen in mindestens dreierlei Hinsicht. Ökonomisch bedingte Unsicherheiten resultieren aus der Ansiedlung und Verdichtung von Produktionsstätten. Sie bringen nicht nur Beschäftigungsrisiken mit sich, sondern auch Gefahren für Gesundheit und Umwelt; mit der Bedeutung der Städte für die Kapitalakkumulation wächst eine störanfällige Infrastruktur für Mobilität, Kommunikation, Energieversorgung etc. Eine zweite Gruppe von Unsicherheiten lässt sich als sozialräumlich klassifizieren. Darunter sind die mit städtischer Segregation verbundenen Ängste und Unsicherheiten zu verstehen. Von (sozialer, existenzieller) Unsicherheit sind zunächst die sozial und ökonomisch marginalisierten Bewohner\_innen segregierter Stadtteile betroffen, darüber hinaus aber auch andere Stadtbewohner\_innen, die als gefährlich markierte Quartiere meiden. Bei dieser letztgenannten Verunsicherung handelt es sich häufig um eine Zuschreibung, sie kann aber auch real sein, sofern sich Ausschluss in Selbstausschluss und politische Radikalisierung wandelt; die Debatte über den so genannten *homegrown terrorism* in Paris/Saint-Denis oder Brüssel/Molenbeek zeugt davon (Keller 2015). Drittens schließlich sind Städte Orte politisch induzierter Unsicherheit, da sich hier Regierungen, Banken und Konzerne befinden, die immer wieder zum Gegenstand von Protesten werden, so dass auch die unbeteiligten Stadtbewohner\_innen ihren Alltag als gestört empfinden und, sofern sie sich auf die Protestinhalte einlassen, ihre Werte hinterfragt sehen.

Die skizzierten Unsicherheiten müssen unseres Erachtens als höchst ambivalent beschrieben werden. Denn sie werden – obgleich in sozial differenzierten Formen – nicht nur als bedrohlich, sondern zugleich auch als herausfordernd und reizvoll empfunden und sind Anlass zur Horizonterweiterung und Hinterfragung vermeintlicher Selbstverständlichkeiten. Gewährleistung urbaner Sicherheit bedeutet deshalb nicht zuletzt die Stärkung der Stadtbewohner\_innen im Umgang mit Unsicherheiten und die Ausbildung von Unsicherheitskompetenz. Der öffentliche Raum als Arena von Fremdheit, Differenz, Konflikt und demokratischer Verhandlung von Fragen gesellschaftlicher Relevanz (gerade von Sicherheitsfragen, die ja häufig mit Verweis auf ihren »Ausnahmecharakter« der Debatte entzogen werden) ist dafür unbedingt notwendig. Denn aufgrund inkongruenter sozialer Kreise (Simmel 1995) und »unvollständiger Integration« (Bahrtdt 1961: 68) bildet er, zumindest der Idee der tradierten stadtsoziologischen Theorie zufolge, Mentalitäten der Toleranz und der Akzeptanz gegenüber dem Fremden und Unbekannten aus.

Im Sinne dieses Zugangs, der nicht einfach Sicherheit als das Gegenteil von Unsicherheit setzt, ist urbane Sicherheit auf den öffentlichen Raum angewiesen. Die beschriebenen Qualitäten des urbanen Raums unterliegen dem Wandel und der Bedrohung durch Vermarktlichung und Regulierung wie auch durch endogene Entwicklungen, also den Rückzug der Stadtbewohner\_innen, die Fremdheit nicht als Differenz erfahren, sondern als Bedrohung erleben. Insofern öffentlicher Raum in der Regel mit Gemeingebrauch verbunden ist, stellt darüber hinaus die Privatisierung kommunaler Flächen ein Problem dar. Denn über die Priorisierung kommerzieller Interessen wird die Zugänglichkeit des öffentlichen Raums eingeschränkt und seine soziale Heterogenität tendenziell reduziert. Bezüglich der Sicherheitsproblematik lässt sich eine Verschiebung des Problematisierungsmusters von Gefahr zu Risiko beobachten (Ewald 1998). Damit verbunden ist die Absicht der kontext- und raumspezifischen Verringerung von Tatgelegenheiten sowie die Definition entsprechender Indikatoren und Risikogruppen. Die Folge sind verstärkte Überwachungs- und präventive Regulierungsmaßnahmen, die schon dann zur Anwendung kommen, wenn bestimmte Phänomene an einem Ort statistisch miteinander korrelieren (Herkunft, Einkommen, polizeilich gemessene Kriminalität etc.) und die eine prinzipiell endlose Suche nach Anzeichen für zukünftig wahrscheinliche Abweichungen in Gang setzen. Wenn auch der öffentliche Raum durch solche Strategien nicht direkt gefährdet ist – schließlich finden sich immer wieder Wege, Kontrollmaßnahmen zu unterlaufen –, kann er doch zur Projektionsfläche für soziale Ängste werden, die keinen anderen, gesellschaftlich akzeptierten Ausdruck finden (Siebel, Wehrheim 2004).

Die öffentliche Soziologie steht diesen Tendenzen der Einschränkung des öffentlichen Raums entgegen. »Der einzige Wert, an dem öffentliche Soziologie festhalten sollte, ist der Wert der öffentlichen Diskussion, die Verteidigung des öffentlichen Raums und dessen Grundlagen in der Zivilgesellschaft.« (Burawoy 2015: 31) Von der professionellen, kritischen und anwendungsorientierten Variante unterscheidet sich die öffentliche Soziologie durch ihre Orientierung auf nicht-akademische Zielgruppen und die Reflexion auf den gesellschaftlichen Nutzen der Wissenschaft. Sie versteht sich als Teil einer Bewegung zur Stabilisierung und Ausdehnung der Sphäre *jenseits von Staat und Markt* und der Stärkung von Kräften der gesellschaftlichen Selbstorganisation. Der Bezug zur Öffentlichkeit unterscheidet sich vom Bezug zur Fachwelt durch das Interesse an der Vermittlung von Orientierungswissen, nicht an der Lösung fachlicher Probleme, und an

der Erklärung von falsch oder nicht verstandenen Alltagsphänomenen statt der Suche nach Forschungslücken. Die Form der Präsentation soziologischer Befunde spielt hier im Vergleich zum Inhalt eine größere Rolle als in den anderen Soziologien. In ihrer traditionellen Form ist die öffentliche Soziologie Aufklärung, etwa am Tag der offenen Tür, der langen Nacht der Wissenschaft oder dem Kommentar in der Zeitung. Die *organische* öffentliche Soziologie wendet sich hingegen nicht allgemein an die Öffentlichkeit, sondern an spezifische Öffentlichkeiten, mit denen sie in einen Prozess wechselseitigen Engagements tritt. Welche Erfahrungen wir mit den vier Soziologien in unserem aktuellen Forschungsprojekt machen, ist Gegenstand der weiteren Ausführungen.

## 2. Soziologische Arbeitsteilung im Praxistest

Bevor wir auf die vier Soziologien im Kontext unserer Forschungserfahrungen näher eingehen, stellen wir das Projekt kurz vor. Hinter VERSS verbirgt sich die Suche nach »Aspekten einer gerechten Verteilung von Sicherheit in der Stadt«. Wir forschen dabei am Internationalen Zentrum für Ethik in den Wissenschaften der Eberhard Karls Universität Tübingen mit anderen wissenschaftlichen Institutionen in Wuppertal, Berlin und Tübingen. Die Schwerpunkte der anderen Teilprojekte liegen auf Fragen der Kriminalprävention, der milieuspezifischen Vulnerabilität und des Vertrauens in Nachbarschaft und Institutionen. Methodisch betrachtet nutzen wir teilnehmende Beobachtungen, Interviews, aber auch quantitative Befragungen. Der Ausgangspunkt für das gesamte Projekt ist ein philosophisch-ethischer. Wie im Projekttitel bereits anklingt, haben wir Verteilungsfragen im Blick. Allerdings hat sich dieser anfängliche Fokus um Formen sozialer Teilhabe erweitert. Dabei spielen Anerkennungsprozesse (Wetzels 2010), das »Recht auf Rechtfertigung« (Forst 2007) und Partizipation zusätzlich eine wichtige Rolle (Bescherer, Wetzels 2016). Ein praktisches Ziel besteht in der Erstellung von Leitlinien für die gerechte(re) Verteilung von Sicherheit in der Stadt. Wir unterteilen diese Leitlinien in allgemeine und konkretere Punkte im Sinne von *points to consider*; es sollen also keine klassischen Handlungsempfehlungen sein.

Im Folgenden stellen wir nun Bezüge unseres Projektes zu den von Michael Burawoy thematisierten vier Soziologien her.